

Sind Deutsche und Tschechen gute Nachbarn?

SONNTAG, DEN 06. FEBRUAR 2011 UM 12:10 UHR KLAUS ROSE



Wer Nachbarn hat, kann oft ein Lied von ihnen singen. Nachbarn kann man sich meist nicht aussuchen. Wegziehen oder weggeschoben werden ist keine Lösung. Das slawische Volk der Tschechen ist – geographisch gesehen – tief im Einflussgebiet der Deutschen verankert. Diese Nachbarschaft muss man pflegen. Viele tun das. Sie hatten, wie die tschechische „Union für gute Nachbarschaft“ oder die „Deutsch-Tschechoslowakische Gesellschaft“, schon in den Zeiten des „Eisernen Vorhangs“ damit begonnen. Viele wundern sich aber, dass noch heute, nach zwanzig Jahren Demokratie in Tschechien, „geistige Vorhangreste“ stören.

Das 21. Jahrhundert bietet neue Chancen für eine gute Nachbarschaft. Das Zeitalter des Nationalismus ist überwunden. „Die Irrlehre vom germanischen Über- und slawischen oder jüdischen Untermenschen wurde für Millionen tödliche Wirklichkeit. Im Namen des deutschen Volkes wurden dann Millionen unschuldiger Menschen, Juden, Zigeuner, Geisteskranke, Russen, Polen, Widerstandskämpfer einfach umgebracht...Im Namen des deutschen Volkes wurde aber auch jeder Deutsche umgebracht, der es wagte, sich gegen das Regime auch nur andeutungsweise zu stellen“ Wer sprach so? Es war Ministerpräsident Franz Josef Strauß, am 28. April 1985 im Herkulesaal der Münchner Residenz.

Die Deutschen zogen ihre Lehren aus der Geschichte

Das Ergebnis des 2. Weltkriegs auf europäischem Boden bot die Chance der gegenseitigen Achtung von Völkern, Stämmen und Minderheiten. Mit der „Idee Europa“, mit der Formung der Europäischen Gemeinschaften bis hin zur EU und mit dem Ende des „Ost-West-Gegensatzes“ und der Einbeziehung Russlands in „europäische Partnerschaften“ kann ein Jahrhundert des Friedens gepflegt werden. Wer hätte daran kein Interesse?

Die Deutschen haben mit praktisch hundertprozentiger Mehrheit die Lehren aus ihrer Geschichte gezogen. Sie können wieder ihre geistigen Kräfte anbieten, jene von Martin Luther, Johann Wolfgang von Goethe oder Joseph Ratzinger – um nur die Größen mit echter Strahlkraft zu erwähnen. Sie können ihre technischen und wirtschaftlichen Ideen umsetzen und an der Spitze der Weltwirtschaft marschieren. Sie können ihren Wohlstand genießen, den Titel des „Tourismus-Weltmeisters“ pflegen und im eigenen Land immer mehr „blühende Landschaften“ errichten. Ein solches Ergebnis aus früheren Irrwegen kann man seinen Freunden und Feinden nur wünschen. Wer hätte daran kein Interesse?

Die Deutschen und ihre Nachbarn

Mit ihren Nachbarn haben die Deutschen keine ernsthaften Probleme mehr. Auch bayerische Hakeleien mit Österreich interessieren nicht. Das heißt nicht, dass man nicht immer wieder von den Medien aufbereitete „Nachbarschafts-Streitfälle“ vorgesetzt bekäme. Einst gönnte man Oberösterreich das neue Thermalbad Geinberg nicht und brach einen „Quellen-Streit“ vom Zaune. Dann glaubte man von bayerischer Seite aus Grenzblockaden organisieren zu müssen, weil man in Österreich billiger tanken konnte. Dass österreichische Banken nach Bayern drängten, wurde anfangs ebenfalls als „unfreundlicher Akt“ gesehen. Die bilateralen Beziehungen sind trotzdem ungetrübt. Wer hätte ein anderes Interesse?

Warum tut man sich mit den tschechischen und polnischen Nachbarn viel schwerer? Hier hat das Ergebnis des 2. Weltkriegs eine brutale Zäsur gebracht. Die Sieger-Konferenzen von Jalta und Potsdam steckten die Nachkriegsgrenzen ab, die der sowjetische Kriegsherr Josef Stalin maßgeblich beeinflusste. Die polnischen und tschechischen „Dekrete“ legten darüber hinaus die Enteignung und Vertreibung aller Deutschsprachigen fest – nur Südtiroler mit italienischem Pass durften bleiben. Eine derartige „Völkervertreibung“ hatte es in der Geschichte, zumindest in diesem Ausmaß, noch nicht gegeben. Entsprechend tief sitzt das Entsetzen auf Seiten der Deutschen. Denn sie hatten vor dem Zeitalter des Nationalismus meist auf Wunsch der slawischen Nachbar-Fürsten zum Aufbau der dortigen Städte und Staaten Entscheidendes beigetragen. Die Schreckensherrschaft aber zwischen 1938 und 1945 in der „Tschechei“, im „Protectorat Böhmen“, in den „Gesetzlichen Sonderzonen“, wollte man nicht wahrhaben. Neue Forschungsarbeiten, beispielsweise vom Böhmerwald-Museum in Passau, scheuen sich nicht, die Dinge beim Namen zu nennen.

Deutsche Politik und bayerischer Sonderfall

Die offizielle Politik der Bundesrepublik Deutschland begann schon um 1970 mit Bemühungen zur guten Nachbarschaft („Ostpolitik“ der SPD/FDP-Regierung). Auch an der bayerisch-tschechischen Grenze wurde das Geflecht eines kleinen Begegnungsverkehrs immer enger. Nicht selten waren es ostbayerische CSU-Abgeordnete, die an der Spitze der Interessenvertretung standen, ging es doch um Wirtschaft, Tourismus, Sport oder Wissenschaft. So schloss die Universität Passau im Jahr 1983 einen Kooperationsvertrag mit der Karls-Universität in Prag. Von der CSU-Staatsregierung in München wurde sie daran nicht gehindert, schon gar nicht zu Zeiten von Franz Josef Strauß. Dieser hieß die Grenzbemühungen in einem Schreiben an den Autor 1984 ausdrücklich wünschenswert. Ministerpräsident Max Streibl tat ein Gleiches. Warum verhielt sich dessen Nachfolger Edmund Stoiber so ablehnend, dass er nicht einmal mit der längst demokratisch gewählten tschechischen Regierung ernsthafte Kontakte suchte? Obwohl auch Böhmerwälder, Ackermannsgemeinde oder Seliger-Gemeinde schon lange an der „Verständigung“ gearbeitet hatten? Obwohl Hunderttausende von Deutschen die „Goldene Stadt“ besuchten?

Die Deutschen in ihrer Gesamtheit hatten sich wieder an die Nachbarschaft mit den Tschechen gewöhnt.

Die Deutschen in ihrer Heimat haben sich immer an die Nachbarn mit den Tschechen gegenüber, zumal die Landsleute in der ehemaligen DDR häufig in die „sozialistischen Bruderländer“ gereist waren. Die Bayern aber waren einst offiziell zum Schutzherrn der Sudetendeutschen erkoren worden. Diese Funktion verlangte von der bayerischen Politik klare Aussagen, zum Beispiel auch zu den Benesch-Dekreten. Worum geht es bei letzteren? Die 143 Einzelverordnungen des tschechischen (Exil-)Präsidenten Edvard Benes, die nachträglich vom tschechischen Parlament bestätigt wurden, sind Grundlage des Unrechts der Enteignung und Vertreibung. Derartiges will man in Bayern nicht gelten lassen. Man fordert, zumindest durch die CSU, die nachträgliche Beseitigung der Dekrete. Es ging immer auch um Wählerstimmen, auch am sogenannten „rechten Rand“. Gibt es einen Königsweg für die Zukunft?

Die EU hatte bei den Beitrittsverhandlungen von Prag keine Aufhebung der Dekrete verlangt. Der österreichische Bundespräsident Fischer hatte die Dekrete zwar mehrmals „schweres Unrecht“ genannt, war aber trotzdem nach Prag gefahren. Ähnliches erlebte man von Helmut Kohl, Gerhard Schröder und Angela Merkel. Inzwischen ist auch Ministerpräsident Horst Seehofer offiziell nach Prag gereist, übrigens begleitet vom Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Wollen oder werden beide die völlige Aufhebung der Benesch-Dekrete wegen ihrer „Schande für Europa“ erreichen? Müsste konsequenterweise dann nicht das Gleiche für die polnischen Dekrete vom 8. März 1946 gelten? Die jüngere tschechische Generation schämt sich durchaus für die Brutalität der Vertreibung. Eine „Nichtigkeit der Benesch-Dekrete von Anfang an“ könnte sie aber überfordern, zumindest momentan. Die Angst geht um, die Deutschen oder die Bayern wollten eine Revision der Geschichte. Der „große Nachbar“ wirkt schon wieder bedrohend. Deshalb muss in ehrlichen bilateralen Gesprächen und nicht mit der Dampfwalze ein Weg gefunden werden, dass zwar Vertreibung ebenso geächtet bleibt wie Völkermord, dass aber nachträgliche Sanktionen rechtsverbindlich ausbleiben. Die deutsche Seite hatte sich übrigens bis 1973 geweigert, das „Münchener Abkommen“ von 1938, das das Existenzrecht der Tschechoslowakei ablehnte, als von Anfang an für nichtig zu erklären. Dann tat sie es verbal doch – und heute gibt es damit kein Problem mehr.

